

## Was alle angeht, müssen alle wissen!

Die Lebensqualität ist hoch in Lappersdorf. Wir alle wissen das. Die Männer um den Ersten Bürgermeister und die Verwaltung verstehen sich zudem auch als ein öffentliches Veranstaltungsmanagement. Das **öffentliche Interesse an der Kommunalpolitik in Lappersdorf** ist entsprechend gering. Für künftige Entscheidungen in den Bereichen **Schule, Wohnen und Verkehr in Lappersdorf** muss diese Einstellung aber überdacht werden.

Der nächste Marktrat wird zu entscheiden haben, ob die mit 1,8 Mio. € renovierte **Hauptschule** als Renditeobjekt für Privatinvestoren gesehen wird oder den **öffentlichen Schulstandort** sichern und ausbauen soll. Das geht alle Eltern an! Und alle Eltern müssen zuvor über die Möglichkeiten und Risiken informiert werden und diskutieren können – bevor der Marktrat (wieder) eine in Geheimverhandlungen vorbereitete Verwaltungsvorlage absegnet. Die Eltern sind dabei neben den Schülern nicht nur Betroffene, sondern wohl auch Experten.

Ein Verkehrsexperte vor Ort und das **Öffentlichmachen der unvollständigen Umbaupläne** der staatlichen Baubehörde für den **Lappersdorfer Kreisels** durch die Lappersdorfer SPD im Kreistag und Bayerischen Landtag ermöglichten eine **Umplanung**. Nur deshalb ist zu hoffen, dass beim künftigen Lappersdorfer Kreisels die Menschen an der Regensburger Straße noch wohnen können und die Autofahrer nicht im Stau stehen müssen.

Warum es bisher nicht gelungen ist, für die **Linie 17** den **Halbstunden-Takt** einzuführen oder zumindest die **Linie 14** nicht zeitgleich, sondern **eine halbe Stunde versetzt** zu bedienen, ist nur schwer nachvollziehbar. Auch hier muss das Problem öffentlich gemacht werden, um den Entscheidungsträgern das Problem bewusst zu machen. Ein **Mehr an Lebensqualität** für die Bewohner von Kareth, Oppersdorf und vom Hohen Sand **durch mehr Mobilität** wäre diesen Einsatz wert.

Mehr Öffentlichkeit hätte auch der Sache wie dem demokratischem Klima bei der Entscheidung für die elf Meter hohe **Kletterwand in Kareth** gut getan. Auch hier erfuhr der Marktrat erst nach der Marktratsentscheidung, wofür er sich auf gut gemeintes Anraten von Bürgermeister und Verwaltung zuvor entschieden hatte.

Die SPD in Lappersdorf hat durch ihre **Initiativen für mehr Öffentlichkeit** in diesen Fällen immer gekämpft und auch Erfolge erzielt. Politischen Sinn macht dieser Kampf aber nur, wenn dies kein Kampf der SPD bleibt, sondern zur legitimen **Forderung aller betroffenen Bürger von Lappersdorf** wird. Am 2. März 2008 können Sie sich auch dafür entscheiden.



# SPD

## LAPPERSDORFER MARKT-ECHO

INFORMATIONEN & MEINUNGEN DER SPD-ORTSVEREINE  
LAPPERSDORF - HAINSACKER - KARETH

### *Kultur in Lappersdorf mit Musik, Kunst, Wissenschaft!*

Bei der Gebietsreform 1978 wurden die einstigen Gemeinden Lappersdorf, Kareth und Hainsacker zusammengelegt. Im Umfeld der Großstadt Regensburg konnte sich die Großgemeinde prächtig entwickeln: Baugebiete wurden ausgewiesen, und diese lockten viele Großstädter. Junge Familien ließen sich hier nieder und können die Qualität des ländlichen Wohnens genießen.

Gegenwärtig leben in Lappersdorf über 13.000 Einwohner. So wurde 1997 Lappersdorf zur Marktgemeinde erhoben.

Dieses Anwachsen verpflichtet die örtlichen Kommunalpolitiker, Angebote zu schaffen, welche die Lebensqualität sichern und verbessern. Denn eine Kommune in dieser Größe, auch wenn sie unmittelbar vor den Toren einer Großstadt liegt, darf nicht nur reine Schlafstätte für die Menschen sein.

Was fehlt in Lappersdorf? Diese Frage muss sich die Kommunalpolitik stellen, gerade vor Wahlen, die eine Weichenstellung sind. Mit diesem Problem müssen sich der Bürgermeister und seine Gemeinderäte befassen.

Was bieten andere Kommunen in vergleichbarer Größe? Welche Möglichkeiten

haben bei uns die Menschen zur Freizeitgestaltung? Was brauchen die Kinder? Was bieten noch nicht die bestehenden Vereine? Welche Möglichkeiten gibt es, dass auch für Nachbargemeinden die Lappersdorfer Kulturangebote zum Magneten werden.

Die SPD hat in der Vergangenheit immer wieder auf diese Tatsachen hingewiesen. Nur ein Bürgerfest zu feiern, wie es in der Vergangenheit der Falle war, oder den zehnten Jahrestag der Markterhebung zu begehen, das ist zu wenig. Wir brauchen mehr: Wir benötigen Möglichkeiten, die das Heimatbewusstsein fördern. Wir brauchen einen zentralen Ort für ein eigenständiges kulturelles Schaffen im Bereich der Musik, der Kunst, der Wissenschaft. Unsere Kinder brauchen nahe gelegene weiterführende Schulen.

Eine Gemeinde mit über 13.000 Einwohnern darf keine Kirchturmpolitik betreiben; sie ist der Region, dem Umland und seinen Menschen verpflichtet. Entsprechende Einrichtungen zu schaffen, das ist die Aufgabe der kommenden Jahre. Das Geld ist in der Gemeindekasse vorhanden. Was noch fehlt, ist der Mut zur Tat.

## Das ist Wahlkampf in Lappersdorf: CSU zählt SPD-Plakate

Die Lappersdorfer Marktgemeinderats-sitzung Ende Januar könnte Grundlage für eine Kabarettvorstellung werden. Zur Sprache kam ein amtliches Schreiben der Gemeindeverwaltung, wonach der SPD im gesamten Gemeindegebiet nur 20 Plakate für die Wahl des Bürgermeisters und der Gemeinderäte sowie 10 Plakate für die Kreistagswahl erlaubt sind. Und dies in der gesamten Gemeinde. Als sich Markträtin Barbara Rappl nach den gesetzlichen Vorgaben für diese Anordnung erkundigte, musste die Vertreterin der Verwaltung zugeben: Diese Anordnung war voreilig, weil es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt.

Voreilig waren in dieser Sitzung wohl auch die Äußerungen des CSU-Gemeinderates G. Sein überquellender Hass auf die SPD und deren kritische Haltung führte dazu, dass er in aller Öffentlichkeit zugab, er habe die Plakate gezählt und dass die SPD mehr als 20 aufgestellte habe.

Fadenscheinige Begründungen für ein eingeschränktes Plakatieren wurden auch vom Bürgermeister nachgeschoben. Es gehe ihm vor allem um die Pflege des Landschaftsbildes, sagte er.

Der Gemeinderatssitzung folgte eine zweite Posse, als Harald Huber (SPD-Kandidat für den Gemeinderat) in einem Leserbrief der *Mittelbayerischen Zeitung* den Vorgang aufgriff und die Zeitung vom Bürgermeister eine Stellungnahme erbat. Die Aussage des Bürgermeisters: Die Begrenzung der Plakatzahl sei 2006 ganz formell im Marktrat beschlossen worden und es werde „streng das bayerische Straßen- und Wegegesetz befolgt“. Wieder hakte Barbara Rappl nach und erbat von der Gemeindeverwaltung den vom Bürgermeister angesprochenen Beschluss. Wieder musste das

Rathaus einräumen, dass es einen solchen Beschluss nicht gibt.

UNSERE MEINUNG: Mit dem Vorgang hat sich die Lappersdorfer CSU ein Armutszeugnis ausgestellt und in der Öffentlichkeit die Unwahrheit gesagt bzw. die Öffentlichkeit in die Irre geführt. Auch wenn Wahlkampf ist, sollten alle bei der Wahrheit bleiben. Im Rathaus und bei der CSU scheint man völlig vergessen zu haben, dass die Parteien ein Grundrecht auf Öffentlichkeitsarbeit haben. Dazu zählt auch das Plakatieren. Nur in autoritären Staaten oder Bananenrepubliken können die Herrschenden dem Volk bis ins Letzte vorschreiben, was sie tun und lassen dürfen. Die öffentlich aufgestellten Plakate mögen das Landschaftsbild beeinträchtigen. Sie tun es kurzfristig und vor allem: Sie sind ein Beitrag für unsere funktionierende Demokratie.

Mit derartigen Vorschriften, die Plakatzahl einzuschränken, sitzt unsere CSU im Glashaus. Die Lappersdorfer Öffentlichkeit weiß sehr wohl, mit welchen Mitteln die CSU Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für die eigene Partei betreibt. Uns ist bekannt, wie CSU-Bürgermeister von der Amtsstube aus Parteiarbeit leisten, wie sie Verwaltungsangestellte mit Aufgaben zugunsten der CSU betrauen, wie sie während des Jahres die öffentlichen Medien dazu benutzen, um die eigene Person herauszustellen. Auch im Internet finden sich dafür genügend Beispiele.

Jeder Wahlkampf muss der um sich greifenden Wahlmüdigkeit gegensteuern, muss für den Bürger Hilfe sein, die richtige Wahlentscheidung leichter treffen zu können. Dabei geht es vor allem um Sachthemen und eine Beurteilung der bisher erfolgten Politik.

## SPD kompetent in Familienpolitik

Die CSU in Lappersdorf tut so, als ob ihr der Alleinvertretungsanspruch für Familien in Lappersdorf zustünde. Dabei rechnet man mit der Vergesslichkeit der Menschen. Denn politisch Interessierte und vor allem betroffene Familien wissen, dass die SPD es war, die seit den neunziger Jahren auf den Ausbau von bedarfsgerechten Kinderbetreuungseinrichtungen in den Lappersdorfer Ortsteilen gekämpft hat.

Gerade bei Ganztagskindergartengruppen und Krabbelstuben tat sich die CSU aus ideologischen Gründen lange Zeit schwer, den tatsächlichen Bedarf anzuerkennen. Der Druck der SPD und vor allem der Eltern haben schließlich bei der CSU und der Rathausspitze ein Umdenken ausgelöst.

Jetzt wird die CSU nicht müde, die guten Kinderbetreuungsangebote in Markt Lappersdorf als ihren alleinigen Erfolg zu feiern.

Dabei gibt es noch viel zu tun. Wir haben im Markt Lappersdorf 412 Kinder unter drei Jahren. Wenn wir für 20 Prozent davon qualifizierte Betreuungsplätze schaffen wollen (Regensburg 25 Prozent), dann müssen wir das Angebot an Krabbelstubenplätzen in Lappersdorf fast verdoppeln und zwar kurzfristig. Da kann die CSU unter Beweis stellen, inwieweit sie die Bedürfnisse der Familien anerkennt.

## Senioren-Ghetto verhindert

Wenn es nach den Vorstellungen einzelner CSU-Macher in Lappersdorf gegangen wäre, stünden heute in Kareth überdimensionierte Bauwerke für etwa 250 alte Menschen. Ein Senioren-Ghetto wäre es geworden, wenn in der Vergangenheit nicht die SPD, zusammen mit einigen wenigen aus anderen Parteien, immer wieder auf die einseitigen Planungen hingewiesen und schließlich erreicht hätte, dass sich ein solches Haus städtebaulich in die Umgebung gut einfügen muss. Die SPD favorisiert seit 12 Jahren ein modernes Wohngruppen-Konzept, wie es im Senioren-Servicehaus Hainsacker gerade auf das Drängen der SPD hin verwirklicht worden ist.

Wenn im jetzigen Wahlkampf die Lappersdorfer CSU behauptet, die zwei Seniorenheime seien „gegen den Widerstand der SPD“ durchgesetzt worden, dann wird mit Unwahrheiten Wahlkampf gemacht. Gerade die SPD-Markträtin Barbara Rappl war es, die schon vor elf Jahren unablässig für Lappersdorf eine Senioreneinrichtung gefordert hat.

## Wahlversprechen der CSU

Die Lappersdorfer CSU verspricht, nach Vorliegen des Nahverkehrsgutachtens zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, im Marktbereich Zubringerbusse und ein Bürgertaxi einzusetzen. Die SPD kennt den Entwurf des Nahverkehrsgutachtens und warnt die CSU vor Wahlversprechen, die nach der Wahl eventuell im Sande verlaufen, denn aus dem Gutachten geht nicht hervor, dass Lappersdorf Zuschüsse für ein Bürgertaxi bekommen würde.

## Königsberger weiß, was in Lappersdorf notwendig ist



Der SPD-Bürgermeisterkandidat Stefan Königsberger (unser Bild) weiß aus seiner beruflichen Erfahrung in der Baubranche, dass in Lappersdorf eine andere Gemeindepolitik machbar ist. Seine Ziele sind: Mehr Demokratie, mehr Öffentlichkeit und mehr Sachlichkeit.

Wer Ausgaben nur mit den Steuern der Bürger tätigen kann (und dies ist in jeder Gemeinde der Fall), muss schon im Vorfeld der Entscheidungen möglichst viel der Öffentlichkeit anvertrauen, muss nach demokratischen Grundsätzen handeln und nicht selbstherrlich entscheiden. Bei allen Diskussionen ist Sachlichkeit oberstes Prinzip und nicht der parteipolitische Geltungsdrang einiger weniger. Übertriebene Geheimhaltung von Fakten, Sachentscheidungen am Gemeinderat vorbei, Öffentlichkeitsarbeit im Dienste von Personenkult, müssen, so Königsberger, für jeden Kommunalpolitiker Fremdwörter sein – auch in Lappersdorf.

## Landkreiszeitung = CSU-Zeitung

Wieder mal flatterte allen Haushaltungen im Landkreis „Unser Land“, die Zeitung des Landkreises, ins Haus. Viel ist dort die Rede vom Ehrenamt, vom Eisstockschießen, Blasiussegen, Geldbeuteleingraben, von Heimatmuseen, vom Theaterspielen oder vom Kompost.

Man fragt sich bloß, ob für derartige „Neuigkeiten“ der Landkreis das Geld ausgeben muss, während an allen Ecken und Enden gespart wird. Auf der Titelseite wird verkündet: „Der Landrat ehrt Helden des Alltags“, ein Bericht über eine Landkreisveranstaltung, die schon im November stattgefunden hat. Auf der Titelseite zeigt sich ferner Landrat Mirbeth, wie er in seinem Büro mit einer Faschingslieblichkeit ein Tänzchen schwingt.

Der Landkreis ist etwas Politisches. Da möchte man meinen, dass in der Zeitung auch über Politik geschrieben wird. Derartige sucht man vergebens in der letzten Nummer. Einst konnten noch die politischen Parteien zu bestimmten Themen ihre Meinung äußern. In Zeiten des Wahlkampfes, so denkt man wohl im Landratsamt, sei eine kritische Darstellung von Andersdenken der CSU nicht förderlich. Schließlich sei der Landrat doch CSU-Kreisvorsitzender.

Und hier beginnt das Täuschungsmaschenspiel: Das Titelfoto mit dem tanzenden Landrat ist Sympathiewerbung, ist Wahlwerbung für die CSU. So kann die Partei auf einige Großplakate verzichten und sich eine Menge Geld sparen. Stattdessen wird der Steuerzahler im Landkreis zur Kasse gebeten.

Da sollte sich mal der Steuerzahlerbund für derartige Ausgaben kümmern, auch dann, wenn die Wahl vorbei ist.

## Stoibers Rede zum Transrapid

München. Der Neujahrsempfang der CSU war am 21. Januar 2002 Schauplatz von Edmund Stoibers legendärer Transrapid-Rede. Hier der Text im Wortlaut:

„Wenn Sie vom Hauptbahnhof in München mit zehn Minuten, ohne dass Sie am Flughafen einchecken müssen, dann starten Sie im Grunde genommen am Flughafen, am am Hauptbahnhof in München starten Sie Ihren Flug. Zehn Minuten! Schauen Sie sich mal die großen Flughäfen an. Wenn Sie in Heathrow in London oder sonstwo, meine sehr, Charles de Gaulle äh in Frankreich oder in äh in äh in äh Rom, wenn Sie sich mal die Entfernungen ansehen, wenn Sie Frankfurt sich ansehen, dann werden Sie feststellen, dass zehn Minuten Sie jederzeit locker in Frankfurt brauchen, um Ihr Gate zu finden. Wenn Sie vom Flug..., vom Fl..., vom Hauptbahnhof starten, Sie steigen in den Hauptbahnhof ein, Sie fahren mit dem Transrapid in zehn Minuten an den Flughafen in, an den Flughafen Franz Josef Strauß, dann starten Sie praktisch hier am Hauptbahnhof in München. Das bedeutet natürlich, dass der Hauptbahnhof im Grunde genommen näher an Bayern, an die bayerischen Städte heranwächst, weil das ja klar ist, weil auf dem Hauptbahnhof viele Linien aus Bayern zusammenlaufen.“

*(Die Rede kann auch im Internet angehört werden, Adresse:*

*[www.mdr.de/fakt/2446206.html](http://www.mdr.de/fakt/2446206.html))*

## Scheinheilige CDU- Kritik an Koch

Nach der Hessenwahl haben CDU/CSU-Politiker den hessischen Ministerpräsidenten Koch und seine Auslassungen bezüglich der Jugendgewalt kritisiert. Was Koch von sich gegeben habe, hätte im Wahlkampf nichts zu suchen, sagten sie.

Die SPD hat dies schon vor der Wahl festgestellt, und die jetzigen CDU/CSU-Kritiker haben geschwiegen. Sie wären heute glaubwürdiger, hätten sie schon vor der Wahl gesagt, was sie denken. Aber vermutlich haben sie alle gehofft, dass die Angriffe von Koch auf die Ausländer vielleicht doch zum Wahlsieg verhelfen könnten.

Scheinheilig nennt man ein solches Verhalten. Und mit christlicher Grundhaltung hat das auch nichts zu tun.

## Sparsamkeit

Da sage noch jemand, die gute wirtschaftliche Situation in Lappersdorf sei ausschließlich den (CSU-)Politikern zu verdanken. Es sind vielmehr jene Menschen, die als Arbeitnehmer ihr täglich Brot verdienen. Aus deren Einkommenssteuer fließen heuer etwa 6 Millionen Euro in die Kasse des Lappersdorfer Rathauses. Dieser stete Geldfluss der vergangenen Jahrzehnte sorgte dafür, dass die Marktgemeinde heute schuldenfrei ist. Trotzdem wurden im Jahre 2003 die Steuern erhöht und die Gemeinde strich die Gartenholzabfuhr aus ihrem Programm.

**Herausgeber:** SPD-Ortsvereine Kareth, Hainsacker, Lappersdorf

**Verantwortlich:** Barbara Rapp, Kaulhausen 46, 93138 Lappersdorf

**Weitere Informationen:**

[www.spd-lappersdorf.de](http://www.spd-lappersdorf.de) und  
[www.spd-hainsacker.de](http://www.spd-hainsacker.de)

## Privatschule oder Ganztagschule? Lappersdorf ohne weitsichtige Schulpolitik!

Nach Meinung der Lappersdorfer CSU und ihres Bürgermeisters soll die Diskussion über die Schul- und Bildungspolitik nicht öffentlich geführt werden. Aus diesem Grunde wurde wohl die Hauptschule in einer nicht öffentlichen Sitzung als Mietobjekt den Interessenten einer Privatschule angeboten. Dass für die Sanierung 1,8 Millionen Euro aus der öffentlichen Kasse verwendet wurden, vergisst man dabei.

Vier Fakten muss man zur Kenntnis nehmen:

1. Für die Lappersdorfer Kinder, die nach der Grundschule nicht in weiterführende Schulen übertreten, darf die Hauptschule nicht zum letzten Rettungsanker werden. Die Lappersdorfer Hauptschule hat einen sehr guten Ruf und renovierte Räume für eine Weiterentwicklung, aber es fehlt ein Schulkonzept für den Ausbau einer Ganztageschule und ein Angebot für den mittleren Bildungsabschluss der Kinder. Dass der bayerische Kultusminister sich mehr Eigenverantwortung und „passgenaue Konzepte“ wünscht, wollen der Lappersdorfer Bürgermeister und die CSU nicht zur Kenntnis nehmen.

2. Die Lappersdorfer Hauptschule benötigt alle ihre Räume, um sich fortentwickeln zu können. Eine Vermietung gefährdet die Weiterentwicklung der eigenen Hauptschule.

3. Auf Grund eines Landtagsbeschlusses werden in den nächsten Jahren alle einzügigen Hauptschulen geschlossen. Darum muss es unser aller Aufgabe sein, im Verbund mit den Nachbargemeinden eine mehrzügige, entwicklungsfähige Hauptschule in Lappersdorf zu sichern.

4. Weil auch die Kindergärten wichtige Bildungseinrichtungen sind, fordert die SPD in Lappersdorf die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr, damit jedes Kind in den Genuss dieser Einrichtung kommen kann. Ferner müssen auch unsere Grundschulen zu Ganztagschulen werden, in der die Kinder individuell gefördert werden. Auch hierbei geht es darum, dass alle Bevölkerungsschichten die Vorteile genießen können.

## Schulfest im Dienste der CSU?

Am 23. Februar feierte die Marktgemeinde Lappersdorf den Abschluss der Sanierungsarbeiten an der Schule und die Einweihung der neuen Aula. Dass ausgerechnet eine Woche vor der Bürgermeister- und Gemeinderatswahl eine solche Veranstaltung stattfand, zeigt die wahre Absicht: Der Bürgermeister brauchte nochmals ein Forum, wo er seine Taten öffentlichkeitswirksam darstellen konnte. Mit derartigen Praktiken wurde die Schule in den Dienst der CSU gestellt.

## Privatschule für gut Betuchte

Mit Stolz verkündete jüngst der Lappersdorfer Bürgermeister über die *Mittelbayerische Zeitung*, das Lappersdorfer Hauptschulgebäude könne Standort der privaten Schule „RIS“ werden. Gemeint war damit die „Regensburg International School“.

Fakt ist, dass die Stadt Regensburg diese Schule im ehemaligen Von-Müller-Gymnasium unterbringen wird.

Das Schulgeld wird monatlich 800 Euro ohne Verpflegungskosten betragen.

## Energiebericht

Am umweltverträglichsten ist die Energie, die nicht verbraucht wird. Deshalb fordern wir neben anderen Umweltschutzmaßnahmen einen jährlichen Energiebericht der Rathausverwaltung, um so einen Überblick über den Verbrauch von Strom und Heizenergie in öffentlichen Gebäuden zu bekommen. Erst dann kann jede Einsparmöglichkeit auf ihre Machbarkeit geprüft werden.

## Ganztagsbetreuung oder Ganztagschule

Die Forderung der SPD ist klar: Nur eine gebundene Ganztagschule – für alle Bevölkerungsschichten kostenlos – kann Abhilfe in der Bildungsmisere schaffen.

Wer sich mit einer Ganztagsbetreuung bzw. einer offenen Ganztagschule zufrieden gibt, unterliegt einem Täuschungsmanöver der CSU: Neben den monatlichen Kosten (60,- Euro je Kind + Kosten für das Mittagessen) bietet die offene Ganztagschule nur Betreuung, nur Aufsicht, während in der gebundenen Ganztagschule gerade am Nachmittag ein abwechslungsreicher Unterricht mit zahlreichen praktischen Fächern stattfindet.

## Besseres RVV-Angebot ist notwendig

Etwa 60 % der Lappersdorfer Bürger können Regensburg mit der RVV-Linie 13 im 20-Minuten-Takt erreichen. Diese Buslinie wird sehr gut angenommen. Aber 40 % der Gemeindefläche sind nur unzureichend mit dem öffentlichen Personennahverkehr erschlossen. Betroffen ist die Achse Kareth, Am Hohen Sand, Oppersdorf. Die Linien 17 und 14 fahren nur stündlich und fast zur gleichen Zeit.

Deshalb fordert die SPD seit fast 12 Jahren eine bessere Abstimmung der Fahrpläne für die Linien 17 und 14 und vor allem die Taktverdichtung auf der Linie 17; diese braucht den 20-Minuten-Takt. Schließlich leben im Einzugsgebiet dieser Linie ca. 3500 Menschen. Diesen Bürgern, die im Grunde am Stadtrand von Regensburg leben, nur einen Stundentakt anzubieten, ist wenig bürgerfreundlich.

## Wir glauben nicht...

Wir glauben nicht, dass unser Bürgermeister jenen Personen, welche die Neuplanung des Lappersdorfer Kreisels ausgelöst haben, Dank aussprechen wird. Es handelt sich nämlich um die Markt- und Kreisrätin Barbara Rappl und den parteilosen Verkehrsplanungsexperten Johann Lehrer.

\*

Wir glauben nicht, dass der Landrat und seine CSU den Mut haben, noch vor den Landtagswahlen im September 2008 ein Gesamtkonzept für die Zukunft der Hauptschulen im Landkreis vorzulegen und öffentlich zu diskutieren.

\*

Wir glauben nicht, dass das Regensburger Schulamt noch vor den Landtagswahlen 2008 über die Zukunft der Hauptschulen in Sinzing, Nittendorf, Kallmünz und Lappersdorf Planungen oder Aussagen treffen darf.

\*

Wir glauben nicht, dass die Schwarzen rot werden, wenn Sie am Lappersdorfer Kreisels auf einem Großplakat werben, dass sie die Bürger nicht im Stau stehen lassen. Ausgerechnet die Lappersdorfer CSU mit dem amtsgläubigen Ersten Bürgermeister hatten ein Konzept befürwortet, das den permanenten Stau ausgelöst hätte.